Schweizerische Evangelische Allianz

Schweizerische
Evangelische Allianz SEA
Josefstrasse 32 | 8005 Zürich
Tel 043 344 72 00
Konto PC-60-6304-6

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Per Mail: ep27@efv.admin.ch

Zürich; 2. Mai 2025

Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über das Entlastungspaket 2027

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über das Entlastungspaket 2027 Stellung zu nehmen.

Gemäss der aktuellen Finanzplanung rechnet der Bund in den Jahren 2027 und 2028 mit strukturellen Defiziten von bis zu 3 Milliarden Franken. Das Entlastungspaket soll daher den Bundeshaushalt ab 2027 entlasten und wieder ins finanzielle Gleichgewicht führen.

Die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA) begrüsst grundsätzlich die Bestrebungen des Bundesrates, einen ausgeglichenen Bundeshaushalt sicherzustellen. Aus christlicher Sicht ist ein haushälterischer Umgang mit öffentlichen Mitteln wichtig, weil er Verantwortung und Gerechtigkeit zwischen den Generationen fördert. Als Verwalter der Ressourcen sollen Menschen weise und nachhaltig handeln – im persönlichen wie im staatlichen Bereich.

Wir haben Verständnis und Respekt davor, dass dies unter den aktuellen Rahmenbedingungen jedoch keine einfache Aufgabe ist. Der finanzielle Druck nimmt einerseits aufgrund der sicherheitspolitischen Lage zu, andererseits steigen die Sozialausgaben durch die demografische Entwicklung und die Alterung der Bevölkerung deutlich an.

Es gehört nicht zu den Aufgaben der SEA, zu beurteilen, ob ein ausgeglichener Haushalt besser über Sparmassnahmen, neue Einnahmequellen oder eine Kombination beider Ansätze erreicht werden soll. Entsprechend äussern wir uns nicht im Detail zu den vorgeschlagenen Massnahmen, sondern konzentrieren uns auf zwei Kürzungen, bei denen wir uns besonders angesprochen sehen.

1. Einfrieren der Ausgaben für die Internationale Zusammenarbeit (IZA) bis 2030

Die geplanten Kürzungen (2027: 107 Mio. CHF; 2028: 167 Mio. CHF) im IZA Bereich sehen wir kritisch . Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Sie gibt aber nur 0,38 Prozent (2024) des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aus – dies bei internationalen Versprechungen von 0,7 Prozent. Weitere Budgetkürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit treffen die ärmsten Länder am härtesten. Die Schweizer Freikirchen wehren sich gegen diese sinkende Solidarität.

2. Verschiebung der Zuständigkeit für das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum in Genf

Die SEA steht der Streichung des EDA Beitrags (1,1 Mio CHF pro Jahr) zum Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum kritisch gegenüber. Dieses Museum ist sinnbildlich für die schweizerische humanitäre Tradition. Weltweit ist es ein einzigartiger Ort der humanitären Bildung, das humanitäre Völkerrecht fördert und Genfs Rolle als Zentrum der internationalen Zusammenarbeit und der humanitären Tradition stärkt.

3. Kürzung der Finanzhilfen für die Sportförderung

Die geplanten Kürzungen im Bereich Jugend und Sport (J+S) – 2,3 Mio. CHF im Jahr 2027 und 2,7 Mio. CHF im Jahr 2028 – lehnen wir entschieden ab. J+S ist ein bewährtes und breit unterstütztes Förderprogramm, das mit Schwerpunkten wie Ausbildungsqualität, Sicherheit, Prävention und Integration gezielt auf gesellschaftliche Bedürfnisse eingeht. Seine erfolgreiche Weiterentwicklung zeigt den hohen Nutzen für die Gesellschaft. Um die nötige Planungssicherheit für alle Beteiligten zu gewährleisten, ist eine stabile Fortführung des Programms unerlässlich.

4. Kürzung der indirekten Presseförderung (*Ew25: TK*)

Die SEA lehnt die Streichung der Subvention für die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse (-20 Mio CHF) ab. Das Parlament hat soeben entschieden diese Subvention – befristet auf sieben Jahren - zu erhalten. Die Mitgliedschafts- und Stiftungspresse ist ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Medienlandschaft. Sie trägt wesentlich zur Meinungsvielfalt und zum gesellschaftlichen Dialog bei – gerade für Non-Profit-Organisationen, Verbände, Parteien und Kirchen. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zur ethischen Orientierung und sozialen Kohäsion. Ein Wegfall der bisherigen Zustellförderung würde sie finanziell stark treffen. Eine zukunftsfähige, kanalunabhängige Medienförderung ist wünschenswert, muss aber sorgfältig und mit realistischem Übergang gestaltet werden.

5. Verkürzung der Abgeltungspflicht für die Globalpauschalen auf 4 Jahre (Art. 87, 126e AIG, Art. 88, 121a AsylG)

Die SEA lehnt die geplante Verkürzung der Abgeltungsdauer der Globalpauschalen ab. Die Massnahme ist nicht zielführend, verursacht Kostenverschiebungen und untergrabt die bisherige Integrationsstrategie. Die Einsparungen beim Bund führen zu Mehrkosten bei Kantonen und Gemeinden, was den Druck auf die Asylsozialhilfe erhöht und zu Leistungsabbau führen könnte. Langfristig drohen höhere Sozialhilfekosten und Integrationsprobleme.

Mit freundlichen Grüssen

Andi Bachmann-Roth

Co-Generalsekretär SEA

abachmann-roth@each.ch

+41 79 413 32 09